

ARBEITSGEMEINSCHAFT DER KOMMUNALEN LANDESVERBÄNDE

**Städteverband
Schleswig-Holstein**

(federführend 2014)

**Schleswig-Holsteinischer
Landkreistag**

**Schleswig-Holsteinischer
Gemeindetag**

Städtebund Schleswig-Holstein • Reventlouallee 6 • 24105 Kiel

Vorsitzende des Innen- und Rechtsausschusses
im SH Landtag
Frau Barbara Ostmeier -MdL-

24105 Kiel, 30.09.2014

Unser Zeichen: 32.10.31 ze-ma
(bei Antwort bitte angeben)

per Mail

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/3421

Allen Formen des Extremismus durch Prävention entgegenwirken Antrag der Fraktion der CDU – LT-Drs. 18/1982

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

aus Sicht der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Landesverbände bedanken wir uns, zum o.g. Antrag der CDU-Fraktion Stellung nehmen zu können.

Der Verfassungsschutzbericht 2013 macht deutlich, dass die Sicherheitslage in Schleswig-Holstein zwar über die letzten Jahre stabil ist, das Gewaltpotenzial der extremistischen Szene jedoch dauerhaft hoch ist und unter Beobachtung bleiben muss. Diese Einschätzung gilt für alle extremistischen Potentiale im Land.

Der Phänomenbereich des Islamismus und Salafismus ist allerdings bundesweit besonders ins Blickfeld von Verfassungsschutz und Polizeibehörden zu nehmen. Die aktuellen Überlegungen der Innenministerkonferenz, länder- und ressortübergreifende Strukturen zur Prävention von Islamismus und Salafismus zu prüfen, aufzubauen und effektive Präventionsnetzwerke zu etablieren, halten wir aus kommunaler Sicht für richtig. Die durch die IMK eingerichtete Arbeitsgruppe sollte daher zunächst ihre Arbeitsergebnisse vortragen und Maßnahmen vorschlagen. Nach Vorliegen der dortigen Erkenntnisse sollte auch in Schleswig-Holstein geprüft werden, welche neuen Arbeitsstrukturen erforderlich sind. Der Ansatz bundesweiter Kooperation und Vernetzung ist wichtig und richtig.

Ähnlich wie im Bereich des Rechtsextremismus, wo durch Bundesprogramme und begleitende Landesprogramme eine detaillierte und auf Schleswig-Holstein angepasste Arbeits- und Netzwerkstruktur aufgebaut wurde, ist aufgrund des hohen finanziellen, personellen und ehrenamtlichen Engagements zu prüfen, ob und wie konzeptionell und präventiv Maßnahmen gegen die weiteren Erscheinungsformen des Extremismus im Land ergriffen werden sollen. Insofern geht der Antrag der CDU-Fraktion in die richtige Richtung.

Hauptmerkmal von staatlicher und kommunaler Präventionsarbeit sollte es jedoch weiter sein, Demokratiebildung und –förderung in allen Bereichen des gesellschaftlichen Miteinanders, ob in

Städteverband Schleswig-Holstein
Tel.: 0431/570050-30
Fax: 0431/570050-35
eMail: info@staedteverband-sh.de
<http://www.staedteverband-sh.de>

Schleswig-Holsteinischer Landkreistag
Tel.: 0431/570050-10
Fax: 0431/570050-20
eMail: info@sh-landkreistag.de
<http://www.sh-landkreistag.de>

Schleswig-Holsteinischer Gemeindetag
Tel.: 0431/570050-50
Fax: 0431/570050-54
eMail: info@shgt.de
<http://www.shgt.de>

Kindergärten, Schulen oder im Ehrenamt zu stärken und dauerhaft abzusichern. Die kommunalen Erfahrungen aus dem Bereich der Rechtsextremismus-Bekämpfung und –Prävention zeigen, dass dies weiter wichtig und erforderlich ist.

Die Kommunen werden in jedem Fall ihren Beitrag zu einer offenen und kritischen Diskussion der weiteren Schritte zur Extremismus-Bekämpfung jeder Art leisten. Dies kann nur in einem geordneten und koordinierten Miteinander von Landesregierung, Polizei, Kommunen und Zivilgesellschaft erfolgen.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung



Claudia Zempel
Dezernentin